

Landesstrategie gegen Rechtsextremismus  
im Freistaat Thüringen

<i>Vorbemerkung</i>	S. 3
<i>Grundsätze</i>	S. 3
<b>Maßnahmenbereiche</b>	
<i>A. Kinder und Jugendliche</i>	S. 4
<i>B. Innere Sicherheit</i>	S. 9
<i>C. Zivilgesellschaft</i>	S. 14
<i>Verantwortung aller Demokraten bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus</i>	S. 16

### *Vorbemerkung:*

**Die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus in jeglicher Form, mit vorurteilsbedingter Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist im Freistaat Thüringen vor dem Hintergrund der Geschichte, der aktuellen Probleme und der Sorge um eine gedeihliche Entwicklung unseres Gemeinwesens eine besondere gesamtgesellschaftliche Herausforderung.**

**In den zurückliegenden Monaten versuchten und versuchen Rechtsextremisten verstärkt Einfluss auf die Gesellschaft zu gewinnen. Sie wenden sich dabei an Orientierung suchende Jugendliche, aber auch allgemein an Politikverdrossene und unspezifisches Protestpotential in der Gesellschaft. Sie beabsichtigen, mit „Biedermann-Anstrich“ das Gemeinwesen zu unterwandern, ob in Sportvereinen, sozialen Vereinigungen oder anderen Strukturen. Gleichzeitig wollen Sie aber auch mit offener oder versteckter Gewaltdrohung das Klima in öffentlichen Räumen bestimmen.**

**Rechtsextremisten lehnen die Grundpfeiler unserer Demokratie ab; allen voran die Achtung der Würde eines jeden Menschen. Sie lehnen die fundamentale Gleichheit aller Menschen ab und diskriminieren andere wegen Herkunft, Abstammung, politischen oder religiösen Anschauungen oder sonstigen Merkmalen. Sie denken in Feindbildern, Hass und Gewalt. Rechtsextremismus bedroht Leben und Gesundheit von Menschen, desorientiert Jugendliche, gefährdet die Demokratie und die politische Kultur.**

**Dem muss mit Entschiedenheit begegnet werden. Die Bejahung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Absage an jeglichen Extremismus gehören zu den Grundprinzipien unserer Gesellschaft.**

### *Grundsätze:*

**1. Die Verantwortlichen in Thüringen, im Land, in den Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger haben erkannt, dass rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten, Einstellungen und Phänomene keine vernachlässigbaren Randprobleme sind. Sie messen daher einer wirksamen Prävention und Bekämpfung des Rechtsextremismus einen sehr hohen Stellenwert bei.**

**2. Neben den konsequenten Reaktionen der Thüringer Polizei und Justiz sind alle Politikbereiche, so auch Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik gefordert. Für eine wirksame Prävention und Bekämpfung des Rechtsextremismus ist aber auch die verantwortliche Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen erforderlich, die den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat verteidigen.**

**3. Zur Herausbildung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher, und antisemitischer Einstellungen und Verhaltensweisen trägt eine Vielzahl von Faktoren bei. Am wirkungsvollsten ist es, bereits möglichst früh an diesen Faktoren anzusetzen, um den Herausbildungsprozess zu stoppen bzw. schon vor Beginn zu verhindern. Daher ist auch eine mehrdimensionale Handlungsstrategie unentbehrlich. So wie es keine monokausalen Erklärungen gibt, existiert auch kein einfaches Patentrezept. Kurzfristige Lösungsansätze und Sonderprogramme werden der Komplexität und der Bedeutung des Phänomens Rechtsextremismus nicht gerecht. Einzig angemessen sind langfristige und der Problemkomplexität entsprechende Präventions- und Bekämpfungsansätze,**

welche zielgruppen- und bedarfsorientiert ausgerichtet sind und vor allem im Rahmen der Wahrnehmung von Regelaufgaben umzusetzen sind.

**4. Repression extremistischer Erscheinungen ist Aufgabe von Polizei und Justiz. Präventionsstrategien sowie Demokratiestärkung sind Querschnittsaufgaben, die alle Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Handelns auf allen Ebenen durchziehen und nicht erst bei bereits auftretenden Problemen ansetzen dürfen. Der Komplexität der Aufgabe entsprechend werden die vielfältigen Maßnahmen, Initiativen und Projekte in Thüringen im Rahmen qualifizierter Strukturen vernetzt und koordiniert, um Ressourcen und Kompetenzen zielorientiert zu bündeln und die Ergebnisse zu optimieren.**

## **Maßnahmenbereiche**

### *A. Kinder und Jugendliche*

**Die Neigung, Konflikte mit Gewalt zu lösen und die mentalen wie sozialen Dispositionen, die zur Herausbildung rechtsextremistischer Einstellungen führen können, hängen in starkem Maße davon ab, welche emotionale Bindung, sozio-kulturelle Prägung und Bildung Kinder und Jugendliche erfahren haben.**

**Die frühe Förderung emotionaler und sozialer Kompetenzen wie emotionale Ausgeglichenheit, Empathie, ein gesundes Selbstwertgefühl, Konfliktfähigkeit, Offenheit und Wissensdrang sind daher auch aus diesem Zusammenhang heraus eine wichtige Aufgabe der Erziehungsverantwortlichen, der Eltern, der Kindertagesstätten, der Schulen und der Jugendarbeit.**

**Für die Förderung der genannten Kompetenzen stehen Eltern und Familien, sofern Bedarf besteht, Unterstützung durch Angebote der Eltern- und Familienbildung zur Verfügung.**

**Personen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, seien es Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Lehrerinnen und Lehrer, Trainerinnen und Trainer bzw. Betreuerinnen und Betreuer in Sportvereinen und –verbänden oder andere Verantwortliche, wirken durch ihr in Aus- und Fortbildung erworbenes Wissen und durch ihr persönliches Vorbild aktiv auf die Entwicklung einer selbstbewussten und konfliktfähigen, demokratischen und toleranten Grundhaltung ein. Rechtsextremisten beabsichtigen durch eigene Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche Einfluss zu gewinnen und Nachwuchs zu rekrutieren. Sie dürfen damit nicht in angebotsfreie Bedarfslücken stoßen.**

**In der Erziehung, Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen nehmen die Vermittlung von gelebten demokratischen Grundwerten und Toleranz sowie die Aufklärung über Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus einen zentralen Platz ein. Kinder und Jugendliche werden befähigt, sich kritisch mit rechtsextremen Denkweisen auseinanderzusetzen und Konflikte konstruktiv, gewaltfrei und demokratisch zu lösen.**

**Eine explizite Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist im Vorschul- und Grundschulalter noch nicht angezeigt, sofern es nicht konkrete Anlässe aus dem**

**unmittelbaren Lebensumfeld gibt. Eine das kindliche Verständnis übersteigende frühe Auseinandersetzung kann sich als kontraproduktiv erweisen, sofern sie das Thema mit einer unangemessenen Bedeutung auflädt und sich für anschließende Lebensphasen nur vermeintliches Provokationspotential einprägt oder gar Faszination erzeugt wird.**

## **Maßnahmen im Einzelnen:**

### **1. Allgemeine Voraussetzungen und Rahmenbedingungen**

- Alle **Thüringer Lehrpläne orientieren** sich an den **Grundwerten menschlichen Zusammenlebens** und am friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Gesellschaftsformen. Fachlehrpläne (z.B. Sozialkunde, Geschichte, Religionslehre, Ethik, Deutsch, ...) geben verbindliche thematische Vorgaben. Schulen und Pädagogen handeln hier entsprechend der demokratischen Schulstruktur in Thüringen weitgehend eigenverantwortlich. Im Vordergrund steht neben der Erarbeitung von Kenntnissen das gemeinsame Erarbeiten von Regeln, das Einüben **demokratischer Grundregeln**, die Verwirklichung des Prinzips Partizipation. Die Schulen arbeiten hier eng mit den Eltern, mit Vereinen und anderen Partnern in der Region zusammen.
- Die Auseinandersetzung mit Extremismus geschieht in Schulen und Kindereinrichtungen ausgehend von einer positiven Zielbeschreibung, wie sie im fächerübergreifenden Thema „**Erziehung zu Gewaltfreiheit, Toleranz und Friedenserziehung**“ (GTF) beschrieben und als verbindlich in den Lehrplänen für die Thüringer Schulen ausgewiesen wird.
- Im Rahmen des Entwicklungsvorhabens "**Eigenverantwortliche Schule**" arbeiten das Thüringer Kultusministerium und das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) gemeinsam mit der Landesstelle Gewaltprävention an der Vermittlung von präventiven schulpädagogischen Programmen, in denen sich Schulen **Handlungskonzepte und Handlungsinstrumente** erarbeiten, die zu einem guten **sozialen Schulklima** beitragen, **Belastungen** vorbeugen oder im Falle von **Gewaltphänomenen** mit und ohne politischem Hintergrund in ihrem Schulleben Handlungshilfen und Handlungssicherheit bieten sollen.
- Das in seiner Startphase befindliche Thüringer Bildungsmodell „**Neue Lernkultur in Kommunen**“ (nelecom) zielt auf eine stärkere lokale Vernetzung von Bildungsangeboten und auf eine regionale Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. In den beteiligten Kommunen sollen Kindergärten und Schulen mit Jugendhilfe, Eltern, Politik, Wirtschaft sowie Institutionen der Bildung und Weiterbildung gezielter zusammenarbeiten und somit eine neue Lernkultur schaffen. Mit nelecom wird das Entwicklungsvorhaben „Eigenverantwortliche Schule“ um die Dimension „Kommune“ erweitert. Es geht um die **gemeinsame Verantwortungsübernahme für die positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen** und damit um die Gestaltung von kommunalen Sozialräumen als entwicklungsfördernde Lern-Landschaften, die als Kerne regionaler Identität und Heimat-Verbundenheit fungieren.
- Die **Schulen** stehen vor der Aufgabe, soziale Kompetenzen zu lehren und zu fördern, welche das soziale Miteinander fördern und damit auch hineinwirken können in die sich bildenden Vorstellungen, gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei zu lösen (Vgl. Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre sowie Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) aus dem Jahr 2004: Vereinbarung zu den Standards für die Lehrerbildung). Dazu gehören Kompetenzen der Konfliktbearbeitung und Mediation. Das Thüringer

Kultusministerium wirkt gemeinsam mit der Landesstelle Gewaltprävention in einem abgestimmten **Arbeitsplan** darauf hin, kooperativ angelegte **präventive Arbeitsansätze** in den bestehenden Strukturen zu verankern.

## 2. Programme für Kinder und Jugendliche

- „**PAPILIO** - Kinder brauchen Flügel“ ist ein kindgerechtes, spielerisches Programm, das Erzieherinnen und Erziehern in **Kindergärten** konkrete Maßnahmen an die Hand gibt, um Kinder in Ihrer **Persönlichkeitsentfaltung** zu unterstützen. Es ist ein auf entwicklungspsychologischen Erkenntnissen beruhendes Programm zur Primärprävention gegen die Entwicklung von Sucht- und Gewaltverhalten sowie zur Förderung sozialer und emotionaler Kompetenzen. Das Programm schließt Maßnahmen auf Elternebene ein.
- Das Programm „**Faustlos**“ ist ein Curriculum, das impulsives und aggressives Verhalten von Kindern im Alter von 6 bis 10 Jahren vermindert und ihre **soziale Kompetenz** erhöht. Es ist ein materialgestütztes Programm, das als Arbeitshilfe für Lehrerinnen und Lehrer in **Grundschulen** entwickelt wurde. Es vermittelt alters- und entwicklungsadäquate prosoziale Kenntnisse und Fähigkeiten in den Bereichen Empathie, Impulskontrolle und Umgang mit Wut und Ärger. An dem im Jahr 2005 in Thüringen begonnenen Programm nehmen mehr als 100 Grundschulen in Thüringen teil. Die Landesstelle Gewaltprävention entwickelte das Projektdesign für die Implementierung des Programms in Thüringen und baute gemeinsam mit allen Schulämtern eine Struktur der Unterstützung und Qualitätssicherung auf der Basis kollegialer Beratung auf.
- Das Mentoren-Projekt „**Balu und Du**“ wird in Thüringen auf Initiative der Landesstelle Gewaltprävention im Zusammenwirken mit dem „Balu und Du“ e.V., der Thüringer Ehrenamtsstiftung, Hochschulen und Ausbildungsstätten für pädagogische und psychologische Berufsfelder, Jugendhilfeträgern und Grundschulen realisiert. Es handelt sich um ein ehrenamtlich strukturiertes Mentoren-Projekt für **6- bis 10-jährige Kinder mit problembehafteten Lebenslagen**. Die Kinder erhalten in einer Eins-zu-Eins-Betreuung ein Jahr lang auf ehrenamtlicher Basis in ihrer Freizeit (außerhalb von Schule und Familie) 2-3 Stunden in der Woche die persönliche Begleitung durch einen jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 30 Jahren. Den Kindern wird von einer jungen, „positiven“ Bezugsperson geholfen, erste Anzeichen von sozialem Fehlverhalten zu überwinden. Dies ist eine wichtige Präventionsmaßnahme, um ggf. einer späteren Entwicklung im Jugendalter hin zu Gewaltbereitschaft, Schulschwänzen, Alkohol- und Drogenkonsum, Respektlosigkeit oder Extremismus so früh wie möglich vorzubeugen.
- Das „**Buddy-Programm**“ ist ein Programm zum **Erwerb sozialer Handlungskompetenzen für weiterführende Schulen** (ab 5. Klasse). Es setzt an den individuellen Bedürfnissen der Schüler und an realen Problemen in der Schule an. Anhand der Erfahrungen, die die Schüler in diesen Projekten machen, entwickeln sie Werte und Kompetenzen für das tägliche Leben. Gemäß dem Motto „Aufeinander achten. Füreinander da sein. Miteinander lernen.“ stärkt es Schülerinnen und Schüler, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und Konflikte konstruktiv zu lösen. Es wird in Zusammenarbeit von Buddy e.V., Thüringer Kultusministerium, der Landesstelle Gewaltprävention und unter Mitarbeit des ThILLM an zurzeit 40 Schulen eingeführt. Eine Erweiterung auf bis zu 110 Schulen wird angestrebt.

- Das Projekt „Konfliktkultur in der Klasse: **Schüler-Streitschlichter** an der Schule“ ist ein Arbeitsrahmen mit mehr als 100 Schulen in Thüringen, koordiniert von der Landesstelle Gewaltprävention, in dem eine nachhaltige Stärkung und Qualitätssicherung über regionale Vernetzung und eine Unterstützung der innerschulischen Multiplikatoren erfolgen. Das Projekt ergänzt die Ausbildung der Schüler-Streitschlichter in Thüringen durch die Fachhochschule Erfurt und durch weitere Initiativen im Bereich der schulischen Mediationsarbeit.
- Als Grundlage für Interventionsarbeit an Schulen oder zur innerschulischen Selbstevaluation wird zur Zeit ein Verfahren erprobt, das von einer **Mitschülerbefragung zu Gewalt und Rechtsextremismus** durch Schüler selbst mittels eines wissenschaftlich erarbeiteten Fragebogens und Befragungsverfahrens ausgeht.
- Für das Kooperationsprojekt „**Rechtskundlicher Unterricht**“ gibt es an allen Gerichten und bei allen Staatsanwaltschaften in Thüringen Rechtskundebeauftragte. Sie stehen für eine Zusammenarbeit mit den Lehrkräften an Thüringer Schulen zur Verfügung und sind bereit, sei es im Schulunterricht oder im Rahmen von Besuchen einer Gerichtsverhandlung, mit Schülern anhand von Beispielen aus der Praxis Rechtsfragen zu erörtern und zu vertiefen. Das Ziel besteht darin, das Vertrauen in den Rechtsstaat zu entwickeln, die Rechte anderer respektieren zu lernen und Zivilcourage zu befördern, um auch extremistischen Tendenzen zu begegnen.
- Das Programm „**Sozial kompetent in der Ausbildung**“, initiiert von DGB und IHK, wirkt rechtsextremen Erscheinungen in Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben entgegen. Mehr als 2.000 Jugendliche werden jährlich in über 100 Bildungsbausteinen geschult, um sie gegen Rassismus und Diskriminierung zu immunisieren und ihre Konfliktfähigkeit, Kommunikation und Teamfähigkeit zu verbessern.
- **Konzepte der außerschulischen Jugendbildung** des gültigen Landesjugendförderplanes 2007-2010 werden gezielt mit nachfolgenden Schwerpunktsetzungen aktiv
  - Förderung bürgerschaftlichen Engagements und Herausbildung von Demokratieverständnis
  - Interkultureller Dialog, Erwerb interkultureller Kompetenz
  - Politisch-historische Jugendbildung, Diktaturerfahrung, DDR-Geschichte und Übergang zur Demokratie
- Der **Landesjugendring Thüringen e.V.** verantwortet eine **Publikationsreihe** für junge Menschen unter der Reihe „FAIR“. Erschienen sind bereits „FAIR wählen“ und „FAIR handeln“, neu erscheinen wird die Broschüre „FAIR urteilen“.

### 3. Vernetzung und Weiterbildung der Präventionsakteure

- Das Abrufangebot „**Kinder- und Jugendgewalt in der Schule** – Was wissen wir darüber? Was können wir tun?“ wurde von der Landesstelle Gewaltprävention entwickelt und gemeinsam mit dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung (ThILLM) ausgeschrieben und richtet sich an Schulen, Schulämter, Präventionsgremien, freie Träger und andere Stellen, die mit Schulen kooperieren. Gegenstand des **Vortrags- oder Veranstaltungsangebot** ist insbesondere, Konflikte nicht als Störungen des Lernens, sondern innerschulisch als Lernchance zu erkennen und Gewaltprävention hier auch anzubinden. Dafür werden den Schulen Arbeitskonzepte und -hilfen vorgestellt und

angeboten. Die Bewältigung von schwierigen Einzelfällen steht dabei im Rahmen der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, in Fällen der Delinquenz und Delinquenzprävention darüber hinaus auch von Polizei und Jugendstaatsanwalt.

- Das Programm „**Von Aggression bis Delinquenz – Prävention im Team**“ soll der Kinder- und Jugendgewalt sowie der Delinquenz in der Schule und deren sozialen Umfeld auf der Grundlage einer Teambildung von **Schule, Polizei und Jugendhilfe** vor Ort entgegenwirken. Oftmals treten später straffällig werdende Kinder und Jugendliche, mit denen sich dann gegebenenfalls Polizei und Jugendhilfe befassen müssen, in der Schule schon viel früher als schwierige Fälle in Erscheinung. Über die Teambildung entwickeln die beteiligten Institutionen eine engere, „integrierte“ und methodisch qualifizierte „Co-Operation“ in der Arbeit mit Einzelfällen und in der **Koordinierung ihrer Präventionstätigkeit**.
- Der **Studienkurs „Gewaltprävention, Konfliktbewältigung und Deeskalationstraining in Schule und Jugendarbeit“** ist ein praxisbegleitender Studienkurs der Fachhochschule Erfurt in Kooperation mit der Landesstelle Gewaltprävention, der in dritter Folge über zwei Semester durchgeführt wird. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weiterbildung sollen befähigt werden, eigenständig Konflikte und Gewaltsituationen in Schule und Jugendarbeit zu lösen und beratend und präventiv im Kollegium der jeweiligen Einrichtung zu arbeiten. Der Kurs enthält ein eigenständiges Modul zu Extremismus und damit verbundener Gewalt.
- Das thüringenweite Projekt „**Perspektivwechsel - Bildungsinitiativen gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit**“ der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) zielt über eine Vermittlung historischen Wissens hinaus auf eine gegenwartsbezogene Auseinandersetzung mit der Problematik des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit. Zielgruppen des Projektes sind vornehmlich Lehrerinnen und Lehrer, Fachberaterinnen und -berater, Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendarbeit sowie Multiplikatoren der Jugend- und Erwachsenenbildung in kommunalen und ordnungspolitisch engagierten Einrichtungen, u. a. auch Polizei und Feuerwehr. Sie sollen für die bleibende Aktualität antisemitischer und fremdenfeindlicher Ressentiments sensibilisiert werden.
- Das Landesprogramm „**Demokratie und Toleranz – Demokratie lebt durch Demokraten**“ dient der **Fortbildung** von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern der **Jugendhilfe**. Seit 2001 wird gemeinsam mit den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe flächendeckend in Thüringen eine nachhaltige und themenaktuelle Begleitung der Mitarbeiter vorgenommen. Mit der Durchführung des laufenden Programms ist die Otto-Benecke-Stiftung beauftragt. Inhaltlicher Schwerpunkt des Landesprogramms war und ist die fachlich fundierte Auseinandersetzung mit den Themen freiheitliche Demokratie, Wertebewusstsein, extremistische Einstellungen und deren Praxisrelevanz für die Mitarbeiter der Jugendhilfe in ihren täglichen Arbeitszusammenhängen.
- Im Rahmen des Kooperationsprojekts „**Juregio**“ arbeiten das Thüringer Kultusministerium, das Thüringer Innenministerium, das Thüringer Justizministerium und das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) eng mit Polizei, Jugend- und Schulämtern zusammen, um Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Lehrerinnen und Lehrern in Thüringen Rechts- und Handlungssicherheit beim **Umgang mit Gewalt, Drogen und Extremismus im**

**Schulalltag** zu geben. Bei den Thüringer Staatsanwaltschaften stehen Ansprechpartner zur Verfügung, welche auf Weiterbildungsveranstaltungen des ThILLM zum Thema Gewalt, Rechtsextremismus und Drogenmissbrauch an Schulen referieren. Im Rahmen dieses Projekts werden auch jeweils dreistufige Fortbildungsveranstaltungen für Schulleiter und Fachlehrer bei Gerichten, Staatsanwaltschaften, Jugendämtern und der Polizei durchgeführt.

- Eine hervorragende Grundlage der Extremismusprävention im Freistaat ist der **Thüringen-Monitor**. Er ist eine repräsentative Untersuchung der politischen Kultur und rechtsextremistischer Einstellungen in Thüringen, die seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführt wird. Dieses Instrument bietet einen Überblick über das Ausmaß, die Ursachen und die Auswirkungen rechtsextremistischer Einstellungen im Freistaat. Durch seine Längsschnittdaten erlaubt der Thüringen-Monitor zudem Veränderungen im Zeitverlauf zu beobachten. Diese bundesweit einzigartige Studie wird für die unterschiedlichsten Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet der Extremismusprävention verwendet.

### *B. Innere Sicherheit*

**Die Sicherheits- und Justizbehörden des Freistaates Thüringen haben umfangreiche präventive Handlungs- und Maßnahmekonzepte erarbeitet, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Hierzu gehören insbesondere Informations- und Aufklärungskampagnen über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sowie Publikationen und Internetpräsentationen. Von wesentlicher Bedeutung ist die Mitarbeit in kommunalpräventiven Gremien sowie örtlichen Projekten. Zielgruppen sind sowohl die bereits angesprochenen im Bereich Kinder und Jugendliche als auch kommunale Verantwortungsträger.**

**Darüber hinaus ergreifen die Sicherheits- und Justizbehörden nachhaltig repressive Maßnahmen.**

#### **1. Rahmenbedingungen**

- **Maßnahmekonzept der Polizei:**

Für die Thüringer Polizei stellt die **“Konzeption zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität“ (PMK)** eine wesentliche Handlungsanleitung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus dar. Eine umfassende Überarbeitung der Konzeption wurde im Jahr 2008 in Kraft gesetzt.

Damit stehen den Behörden und Einrichtungen der Thüringer Polizei Entscheidungshilfen und Handlungsanleitungen zur Verfügung, die präventive und repressive Maßnahmen zur Bekämpfung aller Erscheinungsformen Politisch motivierter Kriminalität aufzeigen. Die Konzeption verfolgt das Ziel

- die klare Haltung der Thüringer Polizei zur Unterbindung jeglicher verfassungsfeindlicher Aktivitäten aufzuzeigen
- die präventiven Möglichkeiten der Polizei auszuschöpfen und
- die Strafverfolgung umfassend zu gewährleisten

um

- potentielle Täter bzw. die gewaltbereite Szene zu verunsichern
- einen permanenten und starken Überwachungs- und Verfolgungsdruck zu schaffen
- die Ablehnung von Motiven und Taten durch die Gesellschaft zu fördern
- Mitläufer und Sympathisanten aus der Anonymität zu holen und somit den Rädelsführern das Nachwuchspotential zu entziehen
- Jugendliche vor extremistischer Beeinflussung zu bewahren
- dazu beizutragen, Aussteigern aus der extremistischen Szene die Rückkehr in die Gesellschaft offen zu halten und zu erleichtern
- die Solidarität aller Teile der Bevölkerung durch vorbildliches polizeiliches Einschreiten zu stärken.

Teil der Konzeption ist der Erlass zur polizeilichen Behandlung von „Skinhead-Konzerten“. Vor diesem Hintergrund sind die Polizeidirektionen und das Landeskriminalamt beauftragt, unter Wahrung der rechtlichen Rahmenbedingungen

- die polizeilichen Prüfungs- und Aufklärungsmaßnahmen zu intensivieren sowie frühzeitig und konsequent zu betreiben
- den gegenseitigen Informationsaustausch/die Zusammenarbeit innerhalb der Polizeibehörden und mit den kommunalen Behörden, staatlichen Einrichtungen, Institutionen und Körperschaften zu vertiefen
- auf die weitere Professionalisierung der vor Ort handelnden Polizeibeamten, insbesondere hinsichtlich der rechtskonformen Entscheidungsfindung zur Unterbindung solcher Musikveranstaltungen, hinzuwirken.

Mit Blick darauf, dass die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen nur gesamtgesellschaftlich wirkungsvoll betrieben werden kann, kommt den Maßnahmen des gegenseitigen auf der Grundlage datenschutzrechtlicher Regelungen bestehenden Informationsaustausches und der Zusammenarbeit hohe Bedeutung zu.

Es ist bei der Polizei standardisierte Arbeitsweise, regelmäßig und frühzeitig relevante Informationen und Erkenntnisse mit anderen zuständigen Behörden und Einrichtungen auszutauschen und, soweit erforderlich und taktisch sinnvoll, Maßnahmen abzustimmen und gemeinsam durchzuführen. Hierzu bestehen auf allen Ebenen die notwendigen Kontakte.

Das rechtskonforme und polizeitaktisch kluge Vorgehen der Einsatzkräfte bestimmt in entscheidendem Maße die operative Wirksamkeit der polizeilichen Maßnahmen. Um dies weiter ausprägen, werden in den Behörden und Einrichtungen umfangreiche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Diese sind darauf gerichtet,

- jedem Polizeibeamten die bestehende Erlasslage und Handlungsanleitungen sowie aktuelle Urteile bekannt zu machen
- die Thematik im Rahmen des monatlichen Dienstunterrichtes der Dienstgruppen zu behandeln und hierbei auch die Landeszentrale für politische Bildung einzubeziehen
- den zentralen Zugang für jeden/jede Polizeibeamten/-beamtin über das INTRANET der Polizei sicherzustellen und damit weitere Informationsmöglichkeiten zu eröffnen.

Die Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei berücksichtigen die Thematik in den Ausbildungskonzepten für den mittleren und gehobenen Dienst und bieten darüber hinaus Fortbildungsseminare an.

Zudem wurde eine „Checkliste zum Umgang mit rechtsextremistischen Musikveranstaltungen“ erarbeitet, die den Behörden und Einrichtungen der Thüringer Polizei vorliegt.

- Das **Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz** steht allen kommunalen Entscheidungsträgern als **Ansprechpartner** zur Verfügung, wenn es darum geht, über die Extremismuslage in den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten, Hintergründe zu Veranstaltern oder zu angekündigten Musikgruppen zu informieren. Dies geschieht auch mit Informationsveranstaltungen vor Ort.
- Bei allen Thüringer Staatsanwaltschaften existieren für die Bearbeitung von Verfahren mit extremistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund **Sonderdezernate**, die von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten geleitet werden, welche Fachkompetenz und berufliche Erfahrung auf sich vereinigen. So wird auch sichergestellt, auf aktuelle Entwicklungen rasch zu reagieren. Die Staatsanwaltschaften wurden angewiesen, in diesem Bereich für einen schnellen Verfahrensabschluss - bei prozessualer Geeignetheit auch im beschleunigten Verfahren - Sorge zu tragen. Gegenüber der Thüringer Generalstaatsanwaltschaft und dem Thüringer Justizministerium bestehen besondere Berichtspflichten.
- Das auch in Thüringen erprobte Konzept einer **Jugendstation** verfolgt das Ziel, durch eine behördenübergreifende Zusammenarbeit frühzeitig und gezielt auf Verfehlungen von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zu reagieren und dadurch den Erziehungsgedanken als Grundanliegen des Jugendstrafrechts noch besser zu verwirklichen. Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe arbeiten dabei unter einem Dach zusammen. Durch verkürzte Wege und regelmäßige Stations- und Fallkonferenzen wird das Zusammenwirken bei der Bekämpfung von Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität effektiviert. Mithin leistet die Jugendstation einen besonderen Beitrag zur Kriminalitätsvorbeugung, der gerade bei jungen Menschen ein Abgleiten in die Begehung verfassungsfeindlicher Straftaten verhindern kann. Die guten Erfahrungen mit der seit dem Jahr 2000 in Gera bestehenden Jugendstation, waren Veranlassung, ein solches Projekt auch in Erfurt und Jena in Angriff zu nehmen.
- Das **Kriseninterventionsprojekt „KIP“** in Jena, welches seit 2001 federführend vom Thüringer Innenministerium mit Unterstützung des Thüringer Justizministeriums begleitet wird, verfolgt eine spezialpräventive Zielstellung, die sich auf die Einstellung Jugendlicher zu extremistischen Straftaten auswirken kann. Diese Form der behördenübergreifende Kooperation zwischen Jugendamt, Polizei und Staatsanwaltschaft unterbreitet Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden, die in die Begehung von Straftaten verwickelt sind, zeitnah Beratungs- und Hilfeangebote. Anfang 2004 unterzeichneten die Beteiligten eine Kooperationsvereinbarung und beschlossen eine zweijährige Erprobungsphase. Aufgrund der positiven Ergebnisse konnte die Weiterführung des Projektes gesichert werden.

## 2. Operative Maßnahmen

- Konkretes ortsbezogenes und zielgruppenorientiertes Vorgehen der Polizei im Bereich der **Präventionsarbeit**, z.B. durch eine verstärkte Bestreifung an bekannten öffentlichen Treffpunkten der rechtsextremistischen Szene. Verunsichern der rechtsextremistischen Szene durch permanent hohe Präsenz und Kontrollen an Brennpunkten sowie verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen.
- Durch eine konsequente Wahrnehmung seines gesetzlichen Auftrags gewinnt das Thüringer Landesamt für **Verfassungsschutz** Erkenntnisse über die rechtsextremistische Szene des Freistaats und informiert Behörden, die gleichfalls mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus befasst sind. Eine Vielzahl von **illegalen Veranstaltungen** kann so **unterbunden** werden. Polizei und Verfassungsschutz erstellen fortlaufend abgestimmte Lagebilder über die **rechtsextremistische Musikszene**.
- Mit den **Versammlungsbehörden** wird eng zusammengearbeitet, um alle Möglichkeiten für Verbote oder Auflagen zu nutzen.
- Mögliche Straftäter werden von der Polizei gezielt angesprochen (**Gefährderansprachen**).
- Bei **Anlässen mit besonderer Sicherheitslage** für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, gegeben etwa durch bekannt gewordene Veranstaltungen extremistischer Kreise, richten die Staatsanwaltschaften rechtzeitig einen **besonderen Bereitschaftsdienst** ein, um durch auf diesem Gebiet erfahrene Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bei Bedarf unverzüglich einschreiten zu können.

## 3. Öffentlichkeitsarbeit

- Die Broschüre „**Kommunen gegen Rechtsextremismus - Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger in Thüringen**“ des Innenministeriums stellt die wichtigsten Problembereiche im Umgang mit dem Rechtsextremismus dar und bietet kommunalen Entscheidungsträgern entsprechende Hilfestellungen an. Er zeigt Handlungsoptionen auf, zum Beispiel bei der Anmietung von Veranstaltungsräumen, bei vermuteten Immobilienscheinkäufen, bei rechtsextremistischen Demonstrationen, aber auch bei Versuchen, Jugendliche mittels rechtsextremistischer Musik anzuwerben. Angesprochen wird auch der Umgang mit Wortmeldungen von Rechtsextremisten bei Veranstaltungen. Darüber hinaus werden Kontaktadressen benannt, um den Betroffenen im Einzelfall Hilfe und Beratung anbieten oder vermitteln zu können.
- Der Flyer „**Extremisten sind in Thüringen nicht willkommen**“ des Thüringer Innenministeriums ist ein Appell zum zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Extremisten und zur Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden. Zugleich werden die Kontaktdaten des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, des Landeskriminalamts oder der Landesstelle Gewaltprävention genannt, um den Bürgerinnen und Bürgern Anlaufstellen für weitere Informationen zu bieten.
- Der jährliche **Verfassungsschutzbericht** des Landesamts für Verfassungsschutz bietet eingehende Informationen und Einschätzungen zur extremistischen Gefährdungslage in Thüringen. Die Broschüre des Landesamts für Verfassungsschutz „**Rechtsextremistische**

**Symbole und Kennzeichen – ein Überblick**“ ist eine wichtige Hilfestellung, nicht zuletzt für Eltern und Lehrer. Sie können damit das Abdriften von Jugendlichen hin zu antidemokratischen Ideologien z. B. anhand der Kleidung und Symbolik erkennen.

- Von der Abteilung Staatsschutz des Landeskriminalamtes ist ein Medienpaket „**Wölfe im Schafspelz**“ (DVD und Filmbegleitheft) zu beziehen. Es handelt sich um eine Informations- und Aufklärungskampagne der Polizei über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Sie richtet sich an Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen und verfolgt zwei Ziele: Hinweis auf neue Formen der Anwerbung durch rechtsextreme Gruppierungen und zugleich Anregung zur selbstständigen Beschäftigung mit dem Thema. Das Medienpaket enthält eine DVD mit dem Spielfilm "Platzangst" und der Dokumentation "Rechtsextremismus heute - zwischen Agitation und Gewalt". Beigefügt ist ein Filmbegleitheft, das Hinweise zum Einsatz des Filmmaterials im Unterricht sowie weiterführende Informationen über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus enthält.
- Demnächst wird noch ein Handlungsleitfaden für die Thüringer **Feuerwehren** zum Umgang mit Neonazis in den eigenen Reihen durch das Thüringer Innenministerium heraus gegeben. Darin sollen konkrete Hilfen geboten werden, für den Fall, dass sich Rechtsextremisten in die Feuerwehren einschleichen oder deren Gedankengut dort verbreitet wird.

#### 4. Arbeit mit Straffälligen

- Im Zuständigkeitsbereich des Thüringer Justizministeriums stellt das „**Thüringer Trainings- und Bildungsprogramm für rechtsextreme Gewaltstraftäter im Jugendarrest und in der Jugendstrafanstalt**“ (TTB) ein Aggressionsschwellentraining für rechtsextreme Gewaltstraftäter in der Jugendarrestanstalt Weimar dar. Ziel ist, die Wahrnehmung der Teilnehmer zu schulen, ihre Einstellung zur Gewaltanwendung zu verändern und ihre Aggressionsschwellen zu erhöhen, damit sie später ihr Verhalten in Konfliktsituationen besser kontrollieren können. Durch die Vermittlung demokratischer Grundwerte wird das zivilgesellschaftliche Engagement der Jugendlichen gefördert.
- Das **Anti-Aggressivitätstraining (AAT)** in der Jugendstrafanstalt Ichtershausen bildet eine deliktspezifische, sozialpädagogisch-psychologische Behandlungsmaßnahme für aggressive Wiederholungstäter. Es folgt einem lerntheoretisch-kognitiven Ansatz. Die Teilnehmer sollen lernen, mit Provokation umzugehen, um ruhiger und überlegter auf diese reagieren zu können. Ähnliche AAT-Programme werden auch in den Justizvollzugsanstalten Gera und Tonna durchgeführt. Darüber hinaus absolvieren acht hauptamtliche Bedienstete des Justizvollzuges die Ausbildung zum Antigewalttrainer mit dem Ziel, in allen Thüringer Justizvollzugsanstalten entsprechende Programme anbieten zu können.

### *C. Zivilgesellschaft*

**Handlungsmuster und Rollenverhalten im Zusammenhang mit gelebter Demokratie, Partizipation und gesellschaftlicher Pluralität werden zuerst auf lokaler Ebene gewonnen. Das politische Klima vor Ort, das Zusammenwirken der lokalen Akteure in den Städten, Kreisen und Gemeinden hat hier prägenden Einfluss. Das gesellschaftliche Selbstverständnis in der Kommune und das Engagement der Verantwortungsträger sind entscheidende Faktoren, die der Herausbildung rechtsextremistischer Einstellungs- und Verhaltensmuster entgegenwirken. Alle Aktivitäten, die zivilgesellschaftliche Strukturen stärken, werden unterstützt. In die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus werden Vereine, Verbände, Kirchen, Religionsgemeinschaften und demokratische Initiativen einbezogen.**

#### **Maßnahmen im Einzelnen:**

- **Kommunale Präventionsgremien** existieren bereits in einer Reihe von Thüringer Kommunen. Die Bildung eines „Kommunalen Rates für Gewaltprävention“, wobei diese Bezeichnung nicht zwingend ist, wird entsprechend den örtlichen Gegebenheiten allen kommunalen Gebietskörperschaften als zentrale Plattform der Präventionsarbeit empfohlen.
- Kommunale Präventionsgremien benötigen einen Ansprechpartner zur Bündelung und Koordinierung staatlicher und nichtstaatlicher Aktivitäten auf Landesebene. Ein zu gründender **Landespräventionsrat** steht vor der Aufgabe als zentrales Präventionsgremium Thüringens neben dem staatlichen auch das Engagement anderer gesellschaftlicher Kräfte weiterzuentwickeln bzw. zu mobilisieren und im Sinne gemeinsamer Verantwortung in aktive Präventionsarbeit umzusetzen.
- Die „**Lokalen Aktionspläne**“ (LAP) in zehn Thüringer Kommunen bzw. Regionen, gefördert durch das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, haben den Schwerpunkt eines koordinierten, vernetzten und fachlich orientierten Vorgehens gegen antidemokratische Bestrebungen vor Ort. Es werden durch die kommunalen Akteure im Rahmen der Erstellung eines lokalen Aktionsplanes integrierte lokale Strategien zur Stärkung von Demokratie und Toleranz innerhalb der Zivilgesellschaft entwickelt. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen werden in andere sowie in nachfolgende kommunale Präventionsgremien transferiert.
- In Thüringen existiert eine breite Palette zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus, von Initiativen, Vereinen, Verbänden, Stiftungen und Einzelpersonen. Zurzeit sind 19 **Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus** in Thüringen bekannt.
- Die „**Kontakt- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Thüringen**“ (**KonKReTh**), ein Trägerverbund aus den Vereinen der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Thüringen sowie der Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt („Mobit“ e.V. und „THO“), dient der anlassbezogenen Intervention gegen Rechtsextremismus mit Hilfe mobiler Interventionsteams und der Unterstützung durch Beratungsnetzwerke. Sie steht Kommunen als Ansprechpartner zur Verfügung. Betroffene und lokale Schlüsselakteure, also Einzelpersonen oder Gruppen, welche in der Kommunal- und Landespolitik, den öffentlichen Verwaltungen, der Polizei, der sozialen

Arbeit, im Bereich der Bildung oder Migrationsarbeit, in Vereinen, Verbänden und Initiativen sowie in der Kultur, in Kirchen oder in der Wirtschaft tätig sind, werden professionell beraten und unterstützt.

- Die Initiative „**Orte der Vielfalt**“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Bundesministerium des Innern und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wird durch das Land, die kommunalen Spitzenverbände sowie Organisationen, Verbände, Vereine etc. und aus Wirtschaft und Gewerkschaft unterstützt.
- Der Landessportbund Thüringen leistet mit seinen Vereinen und Verbänden wichtige präventive Arbeit. **Sport** dient der Schulung sozialer Kompetenzen wie Teamwork, Solidarität, Toleranz und Fairness. Er hilft, Unterschiede zu akzeptieren, benachteiligte Personen oder Gruppen zu integrieren sowie Gewalt und destruktives Verhalten abzulehnen. Auf der Grundlage der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landessportbund Thüringen und der Landesstelle Gewaltprävention wurde ein **Arbeitskreis gegen Extremismus und Gewalt im Sport** eingerichtet. In dessen Auftrag wurde ein Konzept „Koordinierung und Beratung zur Gewaltprävention und zur Bekämpfung von Extremismus im Sport in Thüringen“ erarbeitet. Eine auf diesem Konzept basierende **Beratungsstelle für Koordinierung und Beratung von Gewaltprävention und Bekämpfung von Extremismus im Sport** in Thüringen ihre Arbeit beim Landessportbund aufgenommen.
- In Zusammenarbeit des Landessportbundes Thüringen mit dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz sowie der Landesstelle Gewaltprävention wurde die Broschüre: „**Rechtsextremismus im Sport – NICHT MIT UNS!**“ entwickelt, die den Sportvereinen Rechts- und Handlungssicherheit zur Intervention bei rechtsextremen Aktivitäten gibt.
- **Fan-Arbeit**, wie sie zum Beispiel im vom Land geförderten Fan-Projekt Jena geleistet wird, soll vor allem Mitglieder jugendlicher Problemgruppen bei der Bewältigung ihrer Schwierigkeiten helfen und sie vor abweichendem Verhalten bewahren, das Abgleiten insbesondere jüngerer Jugendliche in Problemgruppen verhindern, zu gewaltfreier Konfliktlösung hinführen und zum Abbau extremistischer Orientierungen sowie delinquenter oder Delinquenz begünstigender Verhaltensweisen beitragen.
- Streetsoccer, gespielt im Rahmen der **Soccer Tour & girlskick** „Spaß ohne Gewalt!“, heißt für die Kinder und Jugendlichen: Regeln einhalten, Verantwortung übernehmen und Konflikte gewaltfrei austragen. Dabei helfen speziell ausgebildete Jugendliche, die als Streitschlichter die einzelnen Spiele betreuen. Das Interesse der Kinder und Jugendlichen am Fußballsport wird genutzt zum Abbau von Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit sowie zur Förderung der Integration von ausländischen Mitbürgern und Spätaussiedlern.
- **Fortbildungsveranstaltungen für zivilgesellschaftliche Akteure zum Thema Rechtsextremismus** werden außer von vorhergehend bereits genannten Institutionen u.a. auch von der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesstelle Gewaltprävention, vielfach gemeinsam mit weiteren Partnern, angeboten.
- Die **Landeszentrale für politische Bildung (LZT)** leistet umfangreiche Aufklärungsarbeit auf dem Gebiet des Rechtsextremismus. Die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus gehört seit mehreren

Jahren zu den Schwerpunkten der LZT. Sie hält eine breite Palette von Veranstaltungen und Publikationen bereit, die der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dienen.

- Der **wissenschaftlichen und fachlichen Begleitung**, der Vernetzung in die wissenschaftliche Fachwelt sowie der Evaluierung von Präventionsaktivitäten dient der **Landesbeirat Gewaltprävention**.

*Verantwortung aller Demokraten bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus:*

**Thüringen ist ein weltoffenes, tolerantes und gastfreundliches Land. Damit dieses Land seine Potenziale wahrnehmen, leben und weiterentwickeln kann, wenden wir uns gegen jede Form von vorurteilsbedingter Gewalt, politischem Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.**

**Rechtsextremistische Einstellungen finden sich nicht nur bei demokratiefeindlichen Parteien und Gruppierungen, sondern auch im Alltagsleben in Form von intoleranten Grundeinstellungen, autoritären Verhaltensmustern, Gewaltbereitschaft und grundsätzlicher Ablehnung von „Fremden“. Dies zu ändern, sind alle aufgerufen. Das gilt insbesondere für Familien und Schulen, dort werden die Einstellungen junger Menschen geprägt. Aber auch am Arbeitsplatz, im Sportverein, auf der Straße oder am Stammtisch, auf allen Ebenen des Zusammenlebens sind wir gefordert, mit Zivilcourage und einem Bekenntnis zu unseren Grundwerten rechtsextremistischen Kräften und Einstellungen entgegenzuwirken. Daneben muss immer wieder versucht werden, junge Menschen aus der rechtsextremen Szene für die demokratische Gesellschaft zurückzugewinnen.**

**Wir brauchen Menschen mit bürgerschaftlichem Engagement und Zivilcourage.**

**Wir müssen widersprechen, wenn rechtsextremes Gedankengut verbreitet wird.**

**Wir dürfen nicht dulden, wenn Menschen auf Grund ihres Aussehens oder ihrer Herkunft verachtet werden.**

**Wir sind offen für Migranten.**

**Wir müssen hinsehen und nicht wegsehen, wenn Mitbürger bedrängt oder bedroht werden.**

**Wir dürfen nicht zulassen, dass rechtsextremer Ungeist an Boden gewinnt.**

**Hass und Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.**

**Wir stehen für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Thüringen!**